

Beschluss

Den Planeten retten jetzt oder nie!

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 24.10.2020

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 **100% erneuerbar bis 2030**

2 Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren
3 bekommt und die letzte Generation, die die Klimakrise noch auf ein verträgliches
4 Maß eindämmen kann. Deshalb ist es essenziell, dass die nächste Landesregierung
5 eine konsequente Klimapolitik betreibt und ihren Beitrag zum Pariser
6 Klimaabkommen leistet.

7 Daher soll der in Rheinland-Pfalz verbrauchte Strom bis 2030 zu 100% aus
8 Erneuerbaren Energien kommen. Das Landesklimaschutzgesetz soll mit dem Ziel
9 überarbeitet werden, dass Rheinland-Pfalz bis spätestens 2035 klimaneutral wird.
10 Die Solarenergie wollen wir durch eine Solarpflicht bei Neubauten, Sanierungen
11 und Parkplätzen ausbauen. Die Restriktionen zum Ausbau der Windenergie müssen
12 dringend gelockert werden. Die Landesverwaltung muss Vorbildcharakter einnehmen
13 und bis 2030 klimaneutral werden. Bei allen zukünftigen Entscheidungen im
14 Landtag sollen die Klimafolgen abgeschätzt und transparent gehalten und so
15 gering wie möglich gehalten werden. Landkreise, die durch den Ausbau der
16 Erneuerbaren Energien energieautark werden wollen, sollen durch das Land
17 gefördert werden.

18 Um Investitionen in den Klimaschutz zu fördern, soll das Land einen Klimafonds
19 auflegen.

20 **Wald und Natur Luft zum Atmen lassen**

21 Die rheinland-pfälzische Natur ist durch die Klimakrise bedroht und muss
22 geschützt werden, um sie zu erhalten. Daher sollen mehr Landesmittel in die
23 Förderung von Blühwiesen und die Renaturierung von Flüssen investiert werden.
24 Grünflächen an unseren Flüssen sollen weiter ausgebaut werden.
25 Naturschutzgebiete sollen konsequent ausgeweitet werden. Durch öffentliche
26 Insektenhotels wollen wir Insekten aktiv ansiedeln. Um den Flächenverbrauch zu
27 stoppen, soll eine Entsiegelungsstrategie entwickelt werden. Die Dörfer in
28 Rheinland-Pfalz sollen sich ökologisch und nachhaltig entwickeln, innerhalb von
29 Wohngebieten soll mehr Platz für Grünflächen entwickelt werden.
30 Kaltluftentstehungsgebiete und Kaltluftschneisen sollen in einer Fortschreibung
31 des Landesentwicklungsplans geschützt werden.

32 Unsere öffentlichen Wälder sollen sich weg von Holzplantagen hin zu Zukunfts-
33 und Ökowäldern entwickeln. Deshalb wollen wir, dass mindestens 10% der
34 rheinland-pfälzischen Wälder in Zukunft von der Bewirtschaftung ausgenommen
35 werden. Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald soll großzügig in Richtung Idarwald
36 erweitert werden. Die Kühlungsfunktion der Wälder in der Klimakrise soll gezielt

37 gefördert werden. Um in Rheinland-Pfalz die Förster der Zukunft auszubilden,
38 soll am Umwelt-Campus Birkenfeld ein Studiengang „Ökologisches
39 Waldsystemmanagement“ etabliert werden. Wir wollen, dass noch mehr Wildtiere in
40 unseren Wäldern angesiedelt werden.

41 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, dass es bei allen To-Go Produkten
42 eine Pfand-Pflicht gibt.

43 **Ökologische Landwirtschaft zuerst**

44 In der Landwirtschaft wollen wir eine Agrarwende hin zu einer ökologischen und
45 klimafreundlichen Landwirtschaft. Die EU-Subventionen für die Landwirtschaft
46 sollen sich nach ökologischen Kriterien richten. Wir wollen kleinere, bäuerliche
47 und dezentrale landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, um die
48 Nitratkonzentration im Boden zu verringern und lange Wege von Düngertransporten
49 zu verringern. Der ökologische Weinbau soll gezielt gefördert werden. Auf
50 Landesebene wollen wir, dass die finanzielle Förderung für Agroforst erhöht
51 wird. Die Flächen für Streuobstwiesen sollen vergrößert werden. Glyphosat und
52 Neonicotinoide sollen auf landeseigenen Flächen verboten werden.

53 Um den Ökotourismus zu fördern, soll das Land eine „Dachmarke Ökotourismus“
54 etablieren. Außerdem soll für die Landes- und Bundesgartenschauen in Rheinland-
55 Pfalz eine nachhaltige Tourismusstrategie entwickelt werden. Um die von der
56 Corona-Pandemie hart getroffene Tourismusbranche zu unterstützen, setzen wir uns
57 für weitere Unterstützung des Landes im Bereich der Werbekampagnen, der
58 Digitalisierung des Gastgewerbes sowie der Förderung nachhaltiger
59 Infrastrukturmaßnahmen ein.

60 Wir wollen deutlich mehr Platz für Nutztiere sowie ein verpflichtendes
61 staatliches Tierwohllabel. Die Tierkontrollen in Rheinland-Pfalz sollen häufiger
62 und strenger durchgeführt werden.

63 **Wirtschaft im Einklang mit dem Klima**

64 Unsere Wirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gerade manche
65 Start-ups und mittelständische Unternehmen leisten durch Innovationen einen
66 Beitrag zu einer nachhaltigeren Wirtschaft. Daher wollen wir entsprechende
67 Start-ups unterstützen und in allen Oberzentren Start-up Hubs und Co-Working
68 Spaces einrichten. Auch die innovative On-Demand Produktion durch 3D-Drucker
69 wollen wir finanziell unterstützen. Für solche Fördermaßnahmen wollen wir die
70 Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) zu einer echten Klimabank
71 weiterentwickeln, die Unternehmen im Land bei der sozial-ökologischen
72 Transformation unterstützt.

73 Öffentlich geförderte Codes und Software sollen öffentlich zugänglich sein
74 (Public Money –> Public Code).

75 Um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, sollen öffentliche Gebäude nach dem
76 Cradle-to-Cradle Prinzip gebaut werden. In der Landesbauordnung sollen Dach- und
77 Fassadenbegrünung verpflichtend vorgeschrieben werden. Stein- und Schottergärten
78 sollen verboten werden.

79 Wir wollen, dass die riesigen Abwärmepotentiale in der Industrie genutzt werden.
80 Daher wollen wir eine Bundesratsinitiative starten. Dadurch soll die Industrie
81 verpflichtet werden, sämtliche Investitionen zur Nutzung der Abwärme zu tätigen,
82 die sich innerhalb der Abschreibungszeit der Anlagen zu reinvestieren.

Beschluss

Nachhaltig unterwegs in der Stadt und auf dem Land

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Bus und Bahn: für 1€ am Tag garantiert mobil

2 Wir wünschen uns Rheinland-Pfalz als einen Ort, in dem man auch ohne Auto von A
3 nach B kommt. Möglich machen soll dies eine Mobilitätsgarantie: Das Land soll
4 garantieren, dass man einmal stündlich zwischen 6 Uhr und 23 Uhr mit dem ÖPNV in
5 den nächsten Ort bzw. die nächste Stadt kommt. Hierbei kann in sehr ländlichen
6 Regionen auch auf Kleinbusse gesetzt werden. Anruf-Sammel-Taxis sind kein Teil
7 der Lösung für einen guten und ansprechenden Nahverkehr.

8 Stillgelegte Bahnstrecken wie die Hunsrückquerbahn oder die Zellertalbahn müssen
9 reaktiviert werden, um das Land endlich flächendeckend gut mit Nahverkehr zu
10 versorgen.

11
12 Damit die Mobilitätswende klimaneutral gestaltet wird, soll das Schienennetz für
13 den Schienenpersonennahverkehr in Rheinland-Pfalz flächendeckend elektrifiziert
14 werden. Wir streben eine vollständige Elektrifizierung des Schienennetzes in
15 Rheinland-Pfalz an. Dort, wo der Ausbau von Oberleitungen nicht möglich ist,
16 sollen Dieseltriebwagen durch batteriebetriebene oder wasserstoffbetriebene
17 Fahrzeuge ersetzt werden.

18 Wichtig ist hierfür auch ein Ausbau der Buslinien. Schnellbuslinien und neu
19 geschaffene Interregiolinien, welche Mittel- und Oberzentren direkt miteinander
20 verbinden sollen, sollen eng vertaktet werden mit Zubringern aus dem ländlichen
21 Raum.

22 Junge Menschen wollen mit dem Bus nicht nur zur Schule und wieder nach Hause
23 kommen. Auch abends und nachts will man noch unterwegs sein. Dafür muss dringend
24 das Nachtbusangebot an Wochenenden ausgebaut und vom Land gefördert werden.

25 Der Nahverkehr muss attraktiver werden! Dafür brauchen wir endlich das 365€-
26 Ticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende nach hessischem
27 Vorbild. Hierbei muss auch die Fahrradmitnahme inklusive sein. Außerdem fordern
28 wir W-Lan in Bus und Bahn, sowie an den Haltestellen.

29
30 Die Zukunft der Mobilität ist klimaneutral und vernetzt – Bus, Leihfahrrad, Zug,
31 E-Carsharing u.v.m. können kombiniert werden, um schnell und bequem von A nach B
32 zu kommen. Um die Nutzung vor allem beim Umsteigen von verschiedenen
33 Verkehrsmitteln auf dem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit so attraktiv wie
34 möglich zu gestalten, lassen sich die Verfügbarkeit und die Buchung von
35 verschiedenen Verkehrsmitteln in einer App bündeln. Wir wollen, dass sich
36 Rheinland-Pfalz auf Bundesebene dafür einsetzt, dass eine entsprechende App in
37 einem Verbundprojekt mit den relevanten Mobilitätsträgern und -Unternehmen

38 entwickelt wird nach den neusten technischen Standards und dass dafür rheinland-
39 pfälzische Mobilitätsträger ihre Daten und Schnittstellen zur Verfügung stellen.

40 **Mit dem Fahrrad auch auf dem Land unterwegs sein**

41 Auch der Radverkehr ist ein wichtiger Baustein für eine klimaneutrale Mobilität
42 und das Land kann dazu einen Beitrag leisten. Wir wollen Radschnellwege, die
43 Mittelzentren miteinander verbinden, damit auch Pendelverkehr mit dem Rad
44 bewältigt werden kann. Diese müssen gut ausgebaut sein, mit Flick- &
45 Pumpstationen, sowie sicheren Unterständen und ausreichender Beleuchtung.

46 Viele junge Menschen wollen früh auch individuell mobil sein und kaufen sich
47 daher Roller. E-Roller und Pedelecs sind aber teuer und für junge Menschen kaum
48 zu finanzieren. Wir möchten junge Menschen dabei unterstützen auch
49 umweltverträglich mobil zu sein. Daher wollen wir eine Kaufprämie für E-Roller
50 und Pedelecs von 1500€ für Menschen unter 21.

51 **Menschen auf dem Land eine Zukunft geben**

52 Als junger Mensch auf dem Land hat man es satt, ohne richtigen Handyempfang,
53 mobiles Internet und Breitband zu sein. Das Land muss daher Handyempfang in
54 jedem noch so kleinem Dorf garantieren!

55 Dörfer müssen lebendig bleiben. Wir wollen die gemeinschaftliche Nutzung von
56 leerstehenden Läden fördern. Aber auch Dorfläden als solche müssen gefördert
57 werden. Genauso muss man auch flexible und mobile Lösungen wie fahrende
58 Dorfläden unterstützen.

59 Jugendliche brauchen Freiräume und Schutzräume auch auf dem Land. Es kann nicht
60 sein, dass sich junge Menschen bei Wind und Wetter an Bushaltestellen treffen
61 müssen, weil es keine Jugendräume bzw. -zentren gibt. Jedes Dorf braucht einen
62 Jugendraum!

63 Damit in Zukunft das Land nicht abgehängt wird, braucht es auch ausreichend
64 medizinische Versorgung. Die Landarzt-Quote im Studium ist ein wichtiges
65 Instrument, was weiter ausgebaut werden sollte. Generell muss es aber mehr
66 Medizinstudienplätze geben.

67 **Viel und nachhaltig bauen**

68 Das Leben in Studierendenwohnheimen muss unbedingt günstiger werden. Insgesamt
69 muss das Land auch mehr Mittel für den Bau der Studierendenwohnheime zur
70 Verfügung stellen.

71 Rheinland-Pfalz soll Städten und Gemeinden die Einführung eines Mietendeckels
72 erlauben, um stark wachsenden Mieten in Ballungszentren wie etwa Mainz oder
73 Trier entgegen zu wirken. Ebenfalls sollte es den Bau in die Höhe fördern.

74 Auf allen neuen Gebäuden fordern wir landesweit eine Solarpflicht. Die
75 bestehenden Landesgebäude müssen nachträglich mit Solaranlagen in Kombination
76 mit Dachbegrünung ausgestattet werden.

Beschluss

Bildung miteinander leben

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Inklusion statt Ausgrenzung

2 Noch immer sind nicht alle Räume in Rheinland-Pfalz barrierefrei zu erreichen,
3 sodass manche Menschen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Wir fordern
4 daher die Barrierefreiheit in Rheinland-Pfalz konsequent weiter auszubauen.

5 Durch viele Einrichtungen, die sich speziell an behinderte Menschen wenden,
6 erfahren diese zwar eine auf sie abgestimmte Förderung, haben aber wenig
7 Berührungspunkte mit dem Alltag anderer Menschen. Das beginnt schon in der
8 Schule, wo behinderte Kinder von den anderen getrennt unterrichtet werden. Wir
9 sind der Meinung, dass Inklusion eine Bereicherung für alle darstellt und
10 fordern daher neue Inklusionskonzepte zu schaffen, die gleichzeitig die
11 individuellen Bedürfnisse behinderter Menschen erfüllen und eine
12 gleichberechtigte Teilhabe am Alltag der übrigen Bevölkerung ermöglichen.

13 Bildung ausreichend finanzieren

14 Die Schulen in Rheinland-Pfalz sind chronisch unterfinanziert, obwohl sie für
15 unsere Gesellschaft eine prägende Institution darstellen und großen Einfluss auf
16 zukünftige Generationen haben. Viele Schüler*innen haben täglich Zustände wie
17 unhygienische Toiletten, Platzmangel oder überhitzte Arbeitsräume zu beklagen,
18 bei denen jede*r Arbeitnehmer*in zurecht empört wäre.

19 Aus diesem Grund sollte für Renovierung und Modernisierung der Grundausstattung
20 der Schulen in Rheinland-Pfalz mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

21 Außerdem fordern wir die zeitnahe Angleichung der Lehrer*innengehälter der
22 verschiedenen Schulformen. Die Arbeit einer Grundschullehrkraft ist genauso
23 anspruchsvoll, wie die an einem Gymnasium und hat gleichwertige akademische
24 Voraussetzungen.

25 Rheinland-Pfalz hat einen Mangel an Sozialarbeiter*innen an Schulen und anderen
26 Einrichtungen. Das liegt zum Teil auch daran, dass es in Rheinland-Pfalz nur
27 begrenzte Ausbildungsplätze für Sozialarbeiter*innen gibt. Wir fordern daher die
28 Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter*innen auszubauen und den Beruf der
29 Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der
30 Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten. Gerade weil die Schulsozialarbeit eine
31 immer wichtigere Rolle an Schulen einnimmt besonders im Hinblick auf immer mehr
32 Ganztagschul-Angebote, braucht es eine flächendeckende Versorgung von
33 Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulformen. Dazu sollen die Fördermittel für
34 kommunale Schulträger zur Finanzierung von Schulsozialarbeiter*innen-Stellen
35 erhöht und verstetigt werden und neben der Stellenfinanzierung auch eine
36 Förderung des Budgets der Schulsozialarbeiter*innen-Stelle enthalten, was frei

37 für Projekte und Ausstattung der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen
38 verfügbar sein kann.

39

40 Wir wollen günstigen Wohnraum fördern, insbesondere für Auszubildende und
41 Studierende.

42 Die Wohnheime der Studierendenwerke in RLP sollen auch für Auszubildende
43 geöffnet werden.

44 Die Studierendenwerke sollen bei der Schaffung von günstigem Wohnraum vom Land
45 RLP angemessen finanziell unterstützt werden.

46 Modellschulen, an denen neue Lernkonzepte getestet werden, sollen noch stärker
47 gefördert werden. Andere Schulen werden dabei unterstützt, erfolgreiche Konzepte
48 selbst einzuführen.

49 **Digitalisierung an Schulen endlich voranbringen**

50 Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung
51 und digitales Know-How für Schulen und Lehrer*innen sind. Trotzdem können viele
52 Lehrkräfte die digitalen Möglichkeiten nicht umfassend nutzen, sowohl für den
53 normalen Unterricht als auch in der jetzigen Ausnahmesituation. Um hier Abhilfe
54 zu schaffen, fordern wir verpflichtende Fortbildungen zum Thema digitale Lehre
55 und Medienkompetenz für alle Lehrer*innen in Rheinland-Pfalz. Zudem reicht es in
56 der heutigen Zeit nicht mehr aus, einen Schwerpunkttag zum Thema Medienkompetenz
57 zu veranstalten. Wir fordern, dass Medienkompetenz umfassend und nicht nur
58 stichpunktartig an rheinland-pfälzischen Schulen vermittelt wird.

59 Digitalisierung umfasst auch digitale Lernmittel. Ergänzend zur
60 Schulbuchausleihe muss das Land auch die Lizenzen für digitale Schulbücher
61 erwerben und zur Verfügung stellen. Genauso braucht jede*r Schüler*in einer
62 weiterführenden Schule einen eigenen Laptop/Tablet für den Unterricht. Das
63 Konzept „Bring your own device“ lehnen wir ab, da es soziale Ungleichheiten
64 fördert und der Lernmittelfreiheit widerspricht. Wer jedoch seine eigenen
65 Endgeräte in den Unterricht mitbringen will, kann dies gerne machen.

66 **Schule für die Schüler*innen und nicht für schnelle Noten**

67 Das deutsche Schulkonzept stammt im Prinzip aus dem 19. Jahrhundert und wurde
68 nie grundlegend reformiert. Das gesamte Schulsystem ist auf Leistungsdruck und
69 schnelle, wenig nachhaltige Lernerfolge ausgelegt. Das Notensystem befördert
70 dies zusätzlich. Wer vor einer Prüfung schnell alles lernt wird belohnt und
71 nicht, wer über längere Zeit Interesse und Spaß hat, sich Dinge anzueignen.

72 Daher fordern wir bis zur Oberstufe die Abschaffung von Noten zugunsten der
73 Einführung individueller Lern- und Entwicklungsberichte, verbunden mit
74 Selbsteinschätzungen.

75 Unser Schulsystem trennt Schüler*innen schon früh nach vermeintlicher
76 Leistungsstärke. Dies wollen wir beenden. Gemeinsames Lernen ist wichtig und
77 sinnvoll. Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems in
78 Rheinland-Pfalz. Auf einer Schule für alle sollten Schüler*innen dabei
79 unterstützt werden, ihre individuellen Interessen und Potenziale zu entfalten.
80 Zudem soll es Schüler*innen ermöglicht werden, miteinander und voneinander zu
81 lernen. Dazu gehören auch Lernkonzepte mit einem höheren Personalschlüssel um
82 jede*n Schüler*in auch wirklich individuell zu fördern. Wenn all dies umgesetzt
83 wird, ist auch das Sitzenbleiben wegen schlechter Leistungen überflüssig, denn
84 Schüler*innen erlangen dann gemeinsam Lernerfolge.

85 Sexualekundeunterricht zeitgemäß gestalten

86 Aufklärung und Sexualekundeunterricht sind wichtig. Schüler*innen können sich
87 jedoch dabei unwohl fühlen, einer Lehrkraft, die als Autoritätsperson
88 wahrgenommen wird und beispielsweise auch Noten vergibt, intime Fragen zu
89 stellen. Aus diesem Grund fordern wir ein zusätzliches Angebot außerhalb des
90 schulischen Sexualekundeunterrichts, bei dem die Jugendlichen ohne die
91 Anwesenheit einer Lehrkraft die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und in
92 einem geschützten Raum Erfahrungen auszutauschen. Dabei müssen auch verschiedene
93 queere Lebensidentitäten Raum finden und als genauso selbstverständlich wie
94 Heterosexualität dargestellt werden.

95 Junge Menschen politisch bilden und ernst nehmen

96 Die Fridays for Future und Black Lives Matter Bewegungen haben gezeigt, wie
97 politisch aktiv Jugendliche in Rheinland-Pfalz sind. Politisches Interesse
98 beginnt nicht erst mit der Volljährigkeit und viele Jugendliche sind über
99 Politik besser informiert als Erwachsene. Trotzdem haben sie in Rheinland-Pfalz
100 bis jetzt keine Möglichkeit mitzubestimmen, wie ihre Zukunft aussehen soll. Wir
101 unterstützen daher die Forderung nach einem Wahlalter 16 bei Kommunal- und
102 Landtagswahlen. Jedoch ist jede Altersbeschränkung willkürlich und schwer mit
103 dem Demokratieprinzip vereinbar, nach welchem alle Menschen ein Recht auf
104 Mitbestimmung haben. Gerade Kinder brauchen ein Wahlrecht, um ihre Interessen in
105 einer alternden Gesellschaft kenntlich machen zu können. Wir fordern daher die
106 Abschaffung der Wahlaltergrenze. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr soll es zur
107 Wahrnehmung des eigenen Wahlrechts notwendig sein, sich selbstständig und
108 persönlich auf der jeweiligen Behörde in das Wähler*innenregister eintragen zu
109 lassen.

110 Für eine lebendige Demokratie ist es aber wichtig, dass Kinder und Jugendliche
111 schon früh eingebunden und ernst genommen werden. Wir fordern daher, dass
112 Jugendbeteiligung zur Pflichtaufgabe für Kommunen wird. Jedes Kind oder
113 Jugendliche sollte in seiner Schulzeit mindestens einmal in Jugendbeteiligung
114 eingebunden werden.

115 Politik betrifft Menschen in jedem Alter, daher ist es wichtig, so früh wie
116 möglich mit der politischen Bildung zu beginnen. Aus diesem Grund fordern wir
117 Sozialkundeunterricht verpflichtend ab der 7. Klasse an allen rheinland-
118 pfälzischen Schulen.

119 Hochschule und Forschung nachhaltig gestalten

120 Bei der Lehrer*innenausbildung an Rheinland-Pfälzischen Universitäten fordern
121 wir einen größeren Fokus auf Pädagogik und Psychologie, sowie auf das Erwerben
122 von sozialen Kompetenzen. Es braucht ganze Lehrstühle für Pädagogik und Lehre im
123 Lehramtsstudium.

124 Der Universitäts- und Forschungsstandort Rheinland-Pfalz soll weiter ausgebaut
125 werden. Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze und auch einen weiteren Ausbau
126 der Universitäten Koblenz und Landau. Zusätzlich zu Trier und Mainz soll der
127 Aufbau einer Unimedizin in Koblenz und Kaiserslautern geprüft werden.

128 Hochschulen spielen auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft eine besondere Rolle
129 als Orte, an denen sich zukünftige Multiplikator*innen umfassend bilden. Hier
130 muss das Potenzial von Transformationen weiter gefördert werden, durch eine
131 flächendeckende Implementierung von fachbereichsübergreifender Bildung für

132 nachhaltige Entwicklung in der Lehre. Zugleich müssen die Institutionen mit
133 gutem Beispiel vorangehen und ihre betrieblichen Aufgaben anhand von
134 ökologischen Kriterien ausrichten. Im Forschungsbereich gilt es, innovative
135 Lösungen für eine sozial verträgliche Implementierung technologischer Neuerungen
136 zu entwickeln. Um die Hochschulen bei diesen Aufgaben zu unterstützen, sollten
137 Nachhaltigkeitsbüros zur Koordination dieser Aufgaben finanziert werden. Eine
138 Berichterstattung über die bisherigen Aktivitäten, sowie die Erarbeitung einer
139 Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbezug aller beteiligten Statusgruppen sind
140 ebenfalls unabdingbar.

141 Wir fordern die Abschaffung der Zweitstudiengebühren.

142 Wir möchten die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen im Senat stärken. Daher
143 setzen wir uns dafür ein, dass professorale Mehrheiten nur bei gesetzlicher
144 Pflicht hergestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die
145 Studierendenschaft mit einer Vertretung im Präsidium mitwirkt.

146 Die Hochschulen sollen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche
147 Zwecke verfolgen. Daher fordern wir eine Zivilklausel an rheinland-pfälzischen
148 Hochschulen.

Beschluss

Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 **Diskriminierung entgegenstellen – Vielfalt fördern**

2 Wir wollen in einer Welt leben, die frei von Diskriminierung und Rassismus ist.
3 Die Realität ist leider eine andere. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie,
4 Sexismus und andere Formen der Diskriminierung sind leider noch immer an der
5 Tagesordnung und haben gar in den letzten Jahren wieder an Salonfähigkeit
6 gewonnen.

7 Das Land muss sich weiter für die Förderung interkultureller Zentren engagieren.
8 Wir wollen Raum für Vielfalt und Begegnung, u.a. zwischen allen Altersklassen,
9 schaffen. Dazu wollen wir vor allem in der Fläche vernetzte Gemeinwesenarbeit
10 mit Fachpersonal stärken.

11 Wir wollen für das Land Rheinland-Pfalz ein Anti-Diskriminierungsgesetz nach
12 Berliner Vorbild durchsetzen. Es soll Entschädigungen für Betroffene vorsehen,
13 den Beweis einer Diskriminierung dank Vermutungsregelung erleichtern und
14 Verbandsklagerechte einräumen.

15 Zudem müssen queere Angebote, vor allem auf dem Land, weiter ausgeweitet werden.
16 Jugendarbeit muss das Thema vermehrt in den Blick nehmen. Dazu muss es mehr
17 Fortbildungen für Pädagog*innen und Jugendleiter*innen geben.

18 Das Land soll zudem eine Bundesratsinitiative zum Abstammungsrecht einbringen,
19 die gleichgeschlechtliche Paare gleichstellt. Homosexuelle Männer dürfen
20 faktisch kein Blut spenden. RLP soll sich daher über den Bundesrat für ein Ende
21 der Queerfeindlichkeit beim Blutspenden einsetzen.

22 **Entschlossen gegen Rechts**

23 Rassismus und rechten Gesinnungen muss Rheinland-Pfalz entgegentreten. Daher
24 fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel für Präventions- und
25 Informationsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere für
26 die Opferberatung in diesen Bereichen müssen noch mehr Mittel bereitgestellt
27 werden.

28 Darüber hinaus fordern wir, dass das Land den 08. Mai als „Tag der Befreiung der
29 Welt von nationalsozialistischer Herrschaft“ zum Feiertag erklärt.

30 Die AfD und ihre Jugendorganisation sind offen verfassungsfeindlich und
31 faschistisch. Wir müssen alle Mittel ausschöpfen, ihr Ziel, unsere Demokratie
32 abzuschaffen, zu stoppen. Es muss daher auch mittelfristig ein
33 Parteiverbotsverfahren angestrebt werden.

34 **Frauen an die Macht**

35 Frauen sind in der Politik in Rheinland-Pfalz unterrepräsentiert. Von der
36 kommunalen Ebene bis zum Landtag dominieren die Männer in den Räten. Das liegt
37 jedoch nicht an fehlenden qualifizierten Frauen, sondern an strukturellem
38 Sexismus in unserer Gesellschaft. Wir fordern die Einführung eines Parité-
39 Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre
40 Wahllisten - neben der Aufstellung von nicht-binären Personen - abwechselnd mit
41 Männern und Frauen zu besetzen.

42 Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind dazu verpflichtet, Gleichstellungsbeauftragte
43 einzustellen. Dieses Amt ist wichtig, um strukturelle Benachteiligungen von
44 Frauen aufzudecken, sie zu beheben und die Interessen von Frauen bei kommunalen
45 Entscheidungen zu vertreten. Momentan erwarten Gemeinden bei fehlenden
46 Gleichstellungsbeauftragten jedoch keine Konsequenzen. Wir fordern die
47 Sanktionierung von fehlenden Gleichstellungsbeauftragten.

48 Soziale Medien können insbesondere für Frauen belastende Erfahrungen mit sich
49 bringen. Belästigung durch unangemessene Kommentare, das Zusenden von Dickpics
50 ohne Einverständnis, aber auch explizit gegen Frauen gerichteter Hass sind weit
51 verbreitet und treffen auch schon sehr junge Frauen. Wir fordern mehr Werbung
52 für Hilfsangebote bei sexualisierter Gewalt und den Ausbau dieser Angebote.

53 **Kein Mensch ist illegal**

54 Wir fordern eine grundsätzliche Wende in der deutschen und europäischen Asyl-
55 und Migrationspolitik. Europa darf keine Festung sein, sondern muss Menschen in
56 Notlage, die es auch selbst mitverursacht, helfen. Wir fordern das Land auf,
57 sich über den Bundesrat für eine humanere Asyl- und Migrationspolitik
58 einzusetzen.

59 Wir lehnen Abschiebungen ab. Die Möglichkeiten des Landes dagegen sollten
60 vollumfänglich ausgeschöpft werden. So dürfen auf keine Fall Abschiebungen in
61 Kriegsgebiete wie Afghanistan oder Syrien erfolgen. Abschiebehaft muss beendet
62 werden.

63
64 Wir fordern die Einrichtung eines Landesaufnahmeprogramms zur jährlichen
65 Aufnahme einer bestimmten, vierstelligen Zahl an Schutzsuchenden. Zur
66 Durchsetzung dessen muss die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern Druck
67 auf das Bundesinnenministerium ausüben und ihre rechtlichen Möglichkeiten prüfen
68 sowie nötigenfalls Klagen in Betracht ziehen.

69 Wir fordern, dass allen Asylbegehrenden in RLP sofort eine Gesundheitskarte als
70 auch Zugang zu Sprachkursen gewährt wird.

71 Die Ausländerbehörden der Kommunen sind z.T. defizitär aufgestellt. Hier müssen
72 bessere Ausbildungen und interkulturelles Training für die Mitarbeitenden
73 umgesetzt werden.

74 **Drogenkonsum entkriminalisieren – Hilfe statt Verfolgung**

75 Wir fordern die Legalisierung von Cannabiskonsum ab 18 Jahren. Faktisch ist
76 diese Droge ohnehin schon weit verbreitet, wird aber kriminalisiert, sodass sich
77 weder Konsum noch Qualität der Droge kontrollieren lassen und illegaler
78 Drogenhandel gefördert wird. Eine Legalisierung kann nur auf Bundesebene
79 geschehen, daher fordern wir eine Bundesratsinitiative des Landes zur
80 Legalisierung von Cannabis.

81 Um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen,
82 fordern wir eine Drug-Checking Offensive des Landes u.a. bei großen Festivals
83 wie bei Rock am Ring oder der NatureOne.

84 Prävention ist jedoch wichtig, um Menschen über die Gefahren des Drogenkonsums
85 aufzuklären und sie davor zu schützen. Dabei sollte neben Cannabiskonsum auch
86 die unterschätzte Droge Alkohol stärker thematisiert werden, sowie der Einfluss
87 der mentalen Gesundheit auf Suchterkrankungen.

88 Für Konsument*innen von illegalen Drogen fordern wir mehr Schutzräume in
89 Rheinland-Pfalz, in denen ein hygienischer und sicherer Konsum ermöglicht wird
90 und die zugleich auch Anlaufstellen bei Problemen oder dem Wunsch nach Entzug
91 sein sollen.

92 Verhütungsmittel wie Kondome oder die Pille können vor allem junge Menschen
93 finanziell belasten. Wir meinen, dass jeder Mensch ein Recht auf
94 Verhütungsmittel hat und fordern deswegen, diese kostenlos zur Verfügung zu
95 stellen.

96 Frauen haben außerdem die Kosten für Hygieneartikel wie Binden und Tampons zu
97 tragen, was für manche ein hoher finanzieller Aufwand sein kann. Wir fordern
98 daher zumindest in allen öffentlichen Gebäuden in Rheinland-Pfalz kostenlos
99 Hygieneartikel wie Binden und Tampons auf den Toiletten zur Verfügung zu
100 stellen.

Beschluss

Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Die Verwaltung in unserer Zeit ankommen lassen

2 Wir fordern eine zentrale Anfragestelle für Bürger*innen, um Fragen oder
3 Probleme an die Verwaltung zu geben. Mit Hilfe eines Ticketsystems sollen sie
4 schnell und unkompliziert Antworten auf ihre Eingaben erhalten. Die Beschaffung
5 des Landes muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren
6 orientieren, der niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

7 Für flächendeckendes Internet sollten sämtliche Landesgebäude mit Freifunk
8 ausgestattet werden.

9 Mit dem Transparenzgesetz wurde in RLP viel erreicht. Informationen sollen
10 Bürger*innen leichter zugänglich gemacht werden durch niedrigschwellige
11 Informationskampagnen, z.B. zu Mieter*innenrechten oder Schüler*innenrechten.
12 Dazu müssen Behörden aktive Informationsstrategien, auch in einfacher Sprache,
13 entwickeln. Die Digitalisierung muss, das hat uns die Corona-Pandemie nochmal
14 verdeutlicht, mit Nachdruck vorangebracht werden. Es müssen viel mehr
15 Verwaltungsvorgänge vom Handy und heimischen PC aus möglich sein.

16 Wir fordern eine landesweite Förderung von E-Government-Strukturen: unter
17 Leitung des Landes soll so allen Bürger*innen über ein Portal die Kommunikation
18 sowohl mit kommunalen als auch mit Behörden des Landes ermöglicht werden - am
19 Leitbild eines Ticketsystems sollen so auch komplexere Vorgänge stattfinden. In
20 unseren Augen wird dies Verwaltungen und Bürger gleichermaßen entlasten und
21 bildet einen elementaren Baustein der Strukturen von morgen. Kleine, kommunale
22 Verwaltungen ohne entsprechende technische Expertise sollen bei der Umstellung
23 auf digitale Strukturen auch personell unterstützt werden. Für Beamt*innen und
24 Mitarbeiter*innen der Verwaltung müssen begleitende Kurse und Lernangebote zur
25 Verfügung gestellt werden.

26 Um die Strukturen des Landes langfristig zu entwickeln, fordern wir den Fokus
27 bei IT-Neuanschaffungen des Landes auf GreenIT und Interoperabilität zu legen,
28 um auch in der IT des Landes den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu
29 werden.

30 Um Ressourcen des Landes nachhaltig einzusetzen, möchten wir mit Nachdruck
31 GreenbyIT Systeme einsetzen, an unseren Hochschulen und Instituten im Land
32 werden diese Systeme entwickelt und verschaffen uns die Möglichkeit einen echten
33 Mehrwert daraus zu gewinnen.

34 Justizpolitik mit Fokus auf Prävention

35 Grüne Justizpolitik muss andere Wege gehen. Dazu muss viel stärker auf
36 Prävention statt Reaktion gesetzt werden. Zu einem umfassenden

37 Präventionsprogramm gehören deutlich mehr Streetworker*innen,
38 Sozialpädagog*innen und Psycholog*innen, aber auch etwa flächendeckende
39 Versorgung mit Jugendhäusern in den Städten und auf dem Land. Diese müssen für
40 junge Menschen gut erreichbar sein. Auf diesem Wege wollen wir Straftaten
41 verhindern, bevor sie begangen werden. Es müssen ausreichende Strukturen in
42 Rheinland-Pfalz geschaffen werden, die vor allem junge Menschen erreichen. Oft
43 können Streetworker*innen und Vertrauenspersonen mehr erreichen als
44 Richter*innen oder Polizist*innen. Die Justiz- und Innenpolitik in Deutschland
45 setzt zu sehr auf Überwachung und Bestrafung, statt Prävention. Dies wollen wir
46 ändern.

47 Durch Prävention entlasten wir zudem auch das viel zu überlastete Justizwesen.
48 Mehr Prävention führt zu weniger Fällen vor Gericht, die sich derzeit massenhaft
49 auf den Schreibtischen der Anwalt*innen und Richter*innen sammeln.

50
51 Der Fokus des Strafvollzuges sollte stärker auf Aus- und Weiterbildungen liegen,
52 damit verurteilte Straftäter*innen wieder ein Teil unserer Gesellschaft werden
53 können und eine erneute Straffälligkeit verhindert wird.

54 **Keine Überwachung**

55 Wir lehnen Überwachungsmaßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder den
56 Staatstrojaner ab. Bürger*innen sollten nicht unter Generalverdacht gestellt
57 werden.

58 **Polizei als „Freund und Helfer“ wahr werden lassen**

59 Wir wollen ein Notrufgarantie auf dem Land erreichen, Rettungsdienste müssen
60 innerhalb weniger Minuten vor Ort sein und nicht 20 Minuten bis zum Notruf
61 fahren. Außerdem ist es sinnvoll, auch andere Berufsgruppen 24 Stunden in
62 Bereitschaft zu haben. Die Polizei sollte nicht alle Krisen alleine lösen
63 müssen. Psychologen können bspw. besser mit suizidalen Personen umgehen als
64 Polizeibeamte.

65 Die staatlichen Behörden und auch Vollzugsbehörden wie die Polizei müssen
66 personell besser aufgestellt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die
67 Behörden die Gesellschaft abbilden. Das heißt es müssen u.a. deutlich mehr
68 Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Außerdem
69 sollen Polizist*innen die Möglichkeit bekommen, an zivilen Lehrgängen und
70 Schulungen teilzunehmen, etwa durch eine Kooperation der Polizeihochschule mit
71 zivilen Hochschulen und Universitäten.

72 Polizeigewalt ist leider auch ein Problem der rheinland-pfälzischen Polizei. Die
73 Grünen haben sich erfolgreich für eine unabhängige Polizeibeauftragte eingesetzt.
74 Diese muss mit mehr Kompetenzen, Mitteln und Personal ausgestattet werden, um
75 Gewaltexzesse der Polizei wie bei Demos in Ingelheim und Worms zu unterbinden.

76 Es muss mehr Schulungen hinsichtlich Rassismus und häuslicher Gewalt geben. Die
77 Polizei muss eine Fehlerkultur etablieren. Es darf keinen Korpsgeist innerhalb
78 der Polizei geben, der Aufklärung verhindert. Dazu muss verhindert werden, dass
79 Menschen mit rechtsextremer Gesinnung in den Behörden und der Polizei tätig
80 sind. Wir fordern eine Studie zum Racial Profiling auf Landesebene.

81
82 Das staatliche Gewaltmonopol obliegt einzig der Polizei und der Justiz. Eine
83 Ausstattung der kommunalen Vollzugsdienste/ Ordnungsämter mit Bewaffnung
84 jeglicher Art lehnen wir ab ebenso wie polizeiähnliche Bezeichnungen von

85 kommunalen Vollzugsdiensten. Die Polizei soll so ausgestattet werden, dass sie
86 ihre polizeilichen Aufgaben in den Kommunen wahrnehmen kann. Eine Ausdehnung der
87 Befugnisse kommunaler Vollzugsdienste auf polizeiliche Aufgaben lehnen wir
88 entschieden ab.

89 Polizist*innen sollten als Helfer*innen ausgebildet werden, der Fokus ihres
90 Handelns sollte dementsprechend auf Deeskalation gelegt werden, sie sollten nicht
91 schwerbewaffnet durch Städte laufen. Deshalb lehnen wir den Taser und
92 Handfeuerwaffen als standardmäßige Bewaffnung ab.